

* Dieter Schenk *
* Lampertsfeld 3 * D-36277 Schenklengsfeld *
☐ Tel. (49)-06629-440 * MobilTel. 0175-1682239 * Fax 06629-1448 *
☐ eMail DSchenk@t-online.de *

Stand: 29. März 2003

THEMENSCHWERPUNKTE FRITZ-BAUER-FILM (Auszüge)

Elternhaus, Kindheit, Schule

Am 16. Juli 1903 in Stuttgart geboren.

Im Alter von 6 Jahren sei ihm auf der Straße nachgerufen worden, er als Jude sei für den Tod Jesu verantwortlich (Zwerenz)

Von Stauffenberg war Schulkamerad Bauers

Studium und Beruf

1921-1924 Tübingen und München Rechts- und Wirtschaftswissenschaften Dissertation „Die rechtliche Struktur der Truste“ (magna cum laude) Staatsexamen 1928 mit „gut“

1930 jüngster Amtsrichter des Deutschen Reichs

Verfolgung durch die Nationalsozialisten

23.3.1933 wegen Mitgliedschaft in der SPD und im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in „Schutzhäft“ im KZ Heuberg

24.5.1933 Entlassung aus Staatsdienst Haft gemeinsam mit Kurt Schumacher Nov. 1933 Entlassung aus der Haft Tätigkeit in verschiedenen Anwaltsbüros

Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft 23.9.1938

Emigration

Ende 1935 nach Dänemark

Vertreter deutscher Textilfirmen

1940 Verhaftung und Freilassung

Juni 1943 Heirat der Schwedin Anna Petersen

Oktober 1943 Flucht nach Schweden

In Schweden Assistent im Archiv Uni Stockholm

Studien für schwedische Gewerkschaften

Zusammenarbeit mit Willy Brandt und gemeinsame Gründung „Sozialistische Tribüne“ Bauer:

Emigration aus einem Land der Tyrannei ist Widerstand.

Nachkriegsjahre

1945 Rückkehr nach Dänemark. Dort Tätigkeit im Preisdirektorat.
Publikationen zu Wirtschaftsthemen und „Kriegsverbrecher vor Gericht“
1947 Bewerbung Justiz Niedersachsen.

Kontakt zu Kurt Schumacher.
1948 Rückkehr nach Deutschland

Justiz Niedersachsen

11.4.1949 Landgerichtsdirektor Braunschweig

1.8.1950 GStA beim OLG Braunschweig

Charakterzüge, Eigenarten in einer Beurteilung v. 29.6.1949:

„Fritz Bauer ist weit überdurchschnittlich begabt und umfassend gebildet, sein Interesse umschließt weite Gebiete menschlicher Bildung, insbesondere literarische, geschichtliche und musikalische. In der Kriminologie legt er besonderes Gewicht auf die Hintergründe der Tat, ihm liegt daran, das menschliche Vertrauen des Angeklagten zu gewinnen. Er hat sich nicht gescheut, sich in einzelnen Fällen aufgrund seiner richterlichen Überzeugung in Gegensatz zur bisherigen Rechtsprechung zu stellen.“

Anklagevertreter im Remer-Prozess, der eine Rehabilitierung der Verschwörer des 20. Juli zum Ergebnis hatte und jedem einzelnen juristisch ein Widerstandsrecht in Diktaturen sichert. Die Re-Nazifizierung nicht nur der Justiz in Niedersachsen veranlasst ihn, sich beruflich anderweitig zu orientieren.

1955 Interesse am Posten der GStA beim Berliner Kammergericht. Willy Brand will ihn nach Berlin holen; die Stelle war bereits anderweitig besetzt.

Interview: Godau-Schüttke zur Re-Nazifizierung der Justiz in Niedersachsen

Dokument: Foto: Filmarchiv: Tonarchiv:

Der Remer-Prozess

Die Farce der Entnazifizierung

Generalstaatsanwalt in Hessen

1956 bis 1968

Hessen galt als sozialistisches Bollwerk gegen alle restaurativen Bestrebungen in Bonn. In seiner Antrittsrede bekannte sich Bauer zu einem demokratischen, lebensnahen und sozialen Strafrecht.

Bauer: Die Pflege nonkonformistischer Gesinnung und Tätigkeit nicht nur im Kampf gegen Unrechtsstaaten, sondern auch gegen alle gefährlichen Gleichschaltungsbestrebungen von oben und unten ist ein Teilaspekt staatlicher Sozialhygiene unserer Zeit.

Wir können aus der Erde keinen Himmel machen, aber jeder von uns kann etwas tun, dass sie nicht zur Hölle wird.

Bauer: Ich wollte ein Jurist sein, der dem Gesetz und Recht, der Menschlichkeit und dem

Frieden nicht nur Lippendienst leistet.

Die autoritären Schlacken vergangener und jüngster Jahrzehnte müssen beseitigt, damit die Deutschen aus Demokraten des Wortes zu Demokraten der Tat werden.

Zeitgeschichtliche Entwicklung, die ehemaligen NS-Tätern neue Karrieren ermöglichte (1945-1951)

Rolle der Besatzungsmächte und Geheimdienste Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes Rekrutierung der NS-Experten

Schützende Hand der Alliierten über SS-Angehörige

Beispiel Polizei: Das BKA wird zur Versorgungsanstalt ehemaliger Angehöriger der NS-Sicherheitspolizei

Ministerialbürokratien von Nazis durchseucht.

Die Rolle der Justiz

Bauer: Justiz verkörpert nicht nur die Repräsentation des Staates gegenüber dem Bürger, sondern dient der Wahrung der Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat. Der Staatsanwalt ist nicht Anwalt der Staatsräson, sondern schützt Rechte der Menschen und ihrer sozialen Existenz gegen private und staatliche Willkür.

Dem menschlichen Faktor eine Gasse bahnen, denn von Gesetzesfetischismus führt ein schnurgerader Weg zu den KZ Auschwitz und Buchenwald.

Epoche der fünfziger Jahre

Das deutsche Wirtschaftswunder verdrängt die NS-Vergangenheit aus der öffentlichen Diskussion.

Das Gesetz zu Art. 131 GG bewirkt das Wiedereinstellen von Nazi-Tätern in den Öffentlichen Dienst.

Adenauer 1952 im Bundestag: Es muss mal Schluss sein mit der Nazi-Riecherei. Alle Parteien vertreten die in den Bevölkerung verbreitete Schlußstrich-Menatilität.

Eine Mehrheit verlangt die Entlassung der in Landsberg einsitzenden Kriegsverbrecher.

Affäre Otto John

Otto John, der Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), setzte sich 1954 in die DDR ab. John wurde am 11.12.1955 von dänischen Journalisten in die Bundesrepublik zurück begleitet. Er behauptete, er sei entführt worden, was als Schutzbehauptung galt und John nicht vor einer Verurteilung zu vier Jahren wegen Landesverrats bewahrte. John ist 1997 verstorben.

Bauer soll auf irgend eine Weise mit der Sache zu tun haben, was noch nicht recherchiert ist.

Strafrechtsreformer und Reformer des Strafvollzugs:

Sexualstrafrecht

Er kritisiert das Gesetz zur Verbreitung jugendgefährdender Schriften, welches den Zweck hegt, politisch unliebsame Themen zu unterdrücken.

Bauer: Wünschenswert ist eine Gesellschaftsordnung, die auf Freiheit und Mündigkeit ihrer Bürger fußt, in der der Bürger Herr seiner Geschichte und der Staat der Diener seiner Bürger ist.

Gegen Kriminalisierung vor- und außerehelichen Geschlechtsverkehrs (Kuppelei), gegen Bestrafung Homosexualität (Einschränkung Jugendschutz und bei Gewaltanwendung). Bauer: Der Staat hat keinen Anspruch auf Regelung der Intimsphäre. Es ist nicht Sinn des Staates, Eros und Sexus des einzelnen zu bestimmen. Sittliche Entrüstung ist eines rationalen Staates unangemessen.

Die Liberalisierung des Sexualstrafrechts hatten (1963) keine Aussicht auf Erfolg, weil nicht im Einklang mit der Haltung des Großteils der Bevölkerung.

Vom Schuld- zum Maßregelrecht

Bauer: Das Verhängen einer reinen Schuldstrafe ist ausgeschlossen, weil diese ein einheitliches Gewissen voraussetzt. An die Stelle von Vergeltung, die Gegenaggressionen hervorruft, müssen bessernde und sichernde Maßnahmen im Sinne einer Resozialisierung treten.

Die Gesellschaft hat eine Mitschuld am Gesetzesverstoß des Täters. Vergeltungsstrafrecht ist autoritär und undemokratisch. Die Menschenwürde des Täters zu verletzen, läuft dem Gedanken des Grundgesetzes zuwider.

Vorbild Radbruch: Die beste Verbrechensbekämpfung erreicht man durch Reform der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Freiheit der Kunst

Ablehnung jeglicher Form der Zensur

Bauer: Die Berufung auf „öffentlichen Anstand“, die „sittliche Grundanschauungen“ des Volkes oder das, was „im Volke lebendig“ ist, entspricht dem „gesunden Volksempfinden“ nazistischer Herkunft.

Strafvollzug

Unser Strafvollzug ist schlecht: Er entläßt Menschen mit einem Buckel voll Schulden und den Taschen voll Zahlungsbefehlen. Er entwürdigt sie, macht sie unselbständig, zu Heuchlern, zu Homosexuellen und Rückfälligen (Bauer/Einsele).

„Meine Kameraden“

Ausspruch Bauers gegenüber Gefangenen im Februar 1957 im Zuchthaus Butzbach.

Er wollte den Gefangenen Mut und Vertrauen zu einem neuen Leben machen, eine Brücke zur Gemeinschaft schlagen.

Widersprüche in den Thesen Bauers als Strafrechtsreformer einerseits und Verfolger von NS-Verbrechen andererseits

Bauer: Jeder Mensch ist ein Produkt aus Anlage und Umwelt und individuell zu betrachten. Als Gegner des Sühnedankens lehnte er den Strafzweck der Vergeltung ab und setzte auf Resozialisierung bzw. Sicherung (Präventivstrafrecht).

Bei NS-Tätern läuft dieses Prinzip ins Leere, denn sie sind Überzeugungstäter. Bestrafung führt zu keiner Besserung, auch geht keine Gefahr von ihnen aus. Für Bauer waren NS-Täter eine Art Sondertäter.

So vertrat Bauer im Gegensatz zur individuellen Beurteilung des Einzelnen die Meinung, dass allen Deutschen eine Mitschuld am Nationalsozialismus zukomme durch Vergötzung von Staat und Autorität. Kollektive Schuld durch Duldung und Verzicht auf Widerstand. Versäumnis, den Verfolgten geholfen zu haben. Alleine die Mitgliedschaft in einem Einsatzkommando, das Exzesstaten begeht, beweist nach Bauer unabhängig vom individuellen Tatbeitrag das Erfüllen des Mordtatbestandes.

Gerichtsverfahren gegen NS-Täter zum Zwecke der Aufklärung

Bauer: Durch die Prozesse die Vergangenheit durchsichtig machen, die Ursachen des Nationalsozialismus klären und das Ansehen Deutschlands heben.

Er sah in den Prozessen eine Chance, der Schlußstrich-Mentalität entgegen zu wirken. Aber: Eine Aufarbeitung der Vergangenheit ist nicht zu erwarten, so lange ein Großteil der Justiz personell und mental mit dem Nationalsozialismus verbunden ist (Bauer).

Gründung der Zentralen Stelle Ludwigsburg

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Verfolgung von NS-Verbrechen wurde 1958 als Folge des Ulmer Einsatzgruppen-Prozesses gegründet.

Bauer befürwortete die ZSt und stand positiv zu ihr. Verlangte, dass außer Staatsanwälten und Polizeibeamten auch Zeithistoriker dort tätig sind (nicht realisiert).

Bauer: Die ZSt ist kein Aktenfriedhof, wie es die DDR behauptet, vielmehr lag es am Verschulden örtlicher Staatsanwaltschaften, wenn sie einstellten, Freispruch zustimmten oder gar keine Anklage erhoben. Die ZSt hat im feindlichen Umfeld gearbeitet.

Fahndung und Festnahme Eichmann

Bauer: Auf die deutsche Justiz kann man sich nicht verlassen und auf die Botschaft in Buenos Aires noch weniger.

Bauer, der ausschließlich den Hess. Ministerpräsidenten Zinn unterrichtete, erhielt zwei Hinweise auf den Aufenthalt Eichmanns in Argentinien. Er reiste zweimal nach Israel (März 1958, Dezember 1959) und drängte die Israelis zum Handeln. Das Aufspüren Eichmanns ist Bauers Verdienst.

Eichmann wurde am 11.5.1960 gekidnappt, in der Zeit 2.4. bis 11.12.1961 in Jerusalem vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Konflikt: Bauer war Gegner der Todesstrafe.

Zu den Wurzeln des Nationalsozialismus und die Schuld der Deutschen

Vortrag Bauer vor Landesjugendring Rheinland-Pfalz am 29.10.1960.

Bauer: Das Produkt Jahrhunderte langer Erziehung in Deutschland war ein unfreier, selbstunsicherer, geduckter Mensch, der nach autoritärem Halt suchte. –Nazismus war der Aufstand der Minderwertigen, der Enttäuschten, der Neidischen. Vermeintliche Eliten haben versagt. – Das Mitmachen war Unrecht. Es kommt nicht darauf an, ob man selbst mordet, Schreibtischtäter, Nutznießer oder beifällig nickender Zuschauer gewesen war.

Der Landesjugendring RPF. will 2000 Exemplare des Vortrags höheren Schulen zur Verfügung stellen.

CDU-Proteste und Debatte im Mainzer Landtag.

Personelle Kontinuität der Nazi-Justiz

Unter der Robe der Juristen war der Dolch der Mörder versteckt (Nürnberger Prozess). Bauer fordert von seinem Berufsstand, sich der eigenen Geschichte 1933-1945 zu stellen. Bauer: Es besteht das Unbehagen, dass viele Richter Männer und Frauen verurteilten, die im „Dritten Reich“ oft nicht viel anders gedacht hatten als sie selbst, aber das „Unglück“ hatten, in Verbrechen „verstrickt“ zu werden. Die oft von Widersprüchen geprägten Urteilsbegründungen der Gerichte stellen den Einbruch von psychologischen und soziologischen Rasonnements dar, die in dem eigenen Erleben, in dem eigenen Tun und Lassen während des Unrechtsstaates seine Wurzeln haben dürfte.

Bauer fordert bei Mitwirkung an Unrechtsurteilen Entlassung. Er prangert an: Bei ihrer Entnazifizierung seien solche Juristen gegen den Nationalsozialismus gewesen, bei der Verteidigung von ihnen erlassener exzessiver Todesurteile seien sie ihrem Gewissen gefolgt (andernfalls Rechtsbeugung). Bauer schlägt Fragebogenaktion vor, nämlich alle Richter und Staatsanwälte nach ihrer Tätigkeit 1933-1945 zu befragen. Kritik im Hess. Landtag. FDP fordert 1960, alle Ermittlungen zu stoppen.

1961 lehnen betroffene Richter und Staatsanwälte ab, freiwillig in den Ruhestand zu gehen. Bundesweit erfolgten insgesamt Anklagen gegen 5 Richter, jedoch keine rechtskräftigen Verurteilungen.

Bauer: Eine Selbsttherapie ist nicht möglich. Personelle Kontinuitäten in Justiz und Polizei waren Ursache der Schwierigkeiten bei der Strafverfolgung.

Globke

Staatssekretär im Bonner BKanzleramt. Verfasser eines Kommentars zu den Nürnberger Rassegesetzen.

Bauer eröffnet 1961 ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen Globke. Er verwendet Beweise aus der DDR. Vorwurf der hess. CDU: Instinktos und unmöglich, Staatsanwälte der Ostzone zu empfangen und Belastungsmaterial entgegen zu nehmen.

Weiterer Vorwurf, dass BKanzler Adenauer von dem Verfahren aus der Presse erfahren. Verfahren wurde an StA Bonn abgegeben und dort eingestellt.

Vorwurf, dass Bauer ein Sympathisant des Kommunismus sei

Die zumeist von der CDU, manchmal von konservativer Presse, erhobenen Vorwürfe lauten: Bauer

schaut zu sehr nach rechts und sieht dort Gespenster, deckt aber die Tätigkeit auf der Linken mit dem Mantel der Liebe zu (1960).

Bauer geht nachlässig gegen linken Extremismus vor und begünstigt dadurch kommunistische Umsturzbewegungen. In Hessen herrscht unglaubliche Freiheit für echte und getarnte Kommunisten (1961).

Hegt Sympathie für Kommunismus (1963).

Weiche Welle gegenüber Aktivitäten der Ostzone. Kommunistische Wühlarbeit bemerkt er nicht oder will sie nicht wahrhaben (1965).

Hingegen: Bauer hat das Verbot der Kommunistischen Partei ausdrücklich gebilligt, weil sie an der Diktatur des Proletariats festhalte und damit die freiheitliche Demokratie negiere. Bauer kritisierte auch die fehlende Meinungsfreiheit in der DDR.

Bauer wird von der hessischen Landesregierung unterstützt, die sich hinter ihn stellt.

Bauer-Interview mit dänischer Zeitung B.T.

Zitate des Interviews v. 26.2.1963:

Bauer: In Westdeutschland gibt es einen latenten, aber glühenden Antisemitismus.

Juden würden zwar nicht mehr als Schwein beschimpft, dafür hieße es: „Wir haben vergessen, Dich zu vergasen.“

Käme Hitler plötzlich wieder, würde er nicht unbedingt auf Ablehnung durch die Deutschen stoßen, sondern guten fruchtbaren Boden vorfinden.

Proteste der Bundesregierung und der Bonner CDU und CSU. Hess. CDU fordert

Suspendierung: „Nicht mehr tragbar.“

Dienstliche Äußerung Bauer: „Zitate aus dem Zusammenhang und verkürzt wiedergegeben.“ Der hess. Justizminister billigt Bauer im Landtag Recht auf freie Meinungsäußerung zu.

Auschwitz-Prozeß

1962-1965

Bauer: Es wurde alles untersucht, was zur äußeren Erscheinung dieser Hölle gehört, es ist aber nicht gelungen, in das Herz des ganzen vorzudringen.

Es galt, der Bevölkerung die Tatsache des Verbrechens ins Gedächtnis zu rufen.

Gerichtstag halten über uns selbst und unsere Geschichte. Nach den Gründen der moralischen Katastrophe fragen.

Die Leute wehren sich leidenschaftlich gegen die Prozesse, weil mit 22 Angeklagten 22 Millionen auf der Anklagebank sitzen.

Furcht vor dem eigenen Anteil an der kollektiven Verantwortlichkeit.

Die Stärke liegt nicht in Macht, Gewalt und Brutalität, sondern in Duldung und Toleranz gegenüber allem, was Menschenantlitz trägt.

Auschwitz kann nur überwunden werden durch Brüderlichkeit und Nächstenliebe.

Unkonventionelle Zusammenarbeit mit Polen

Eigene Kanäle Bauers, z.B. zu Prof. Sehn aus Krakau 1960, der 226 Urteile der Sondergerichte Posen

und Bromberg zur Verfügung stellt. Ferner eine Aufstellung der NS- Richter an Sondergerichten in Polen.

Prof. Sehn teilt Bauer mit, dass in Bromberg 18000 Akten der Sondergerichte lagern. Bauer schlägt 1962 Hess. Justizministerium vor, die Akten durch Fachkräfte des Bundes prüfen zu lassen und hierzu Historiker einzusetzen, was nicht zustande kommt.

Stattdessen setzt Justizministerkonferenz den TOP „Dienstliche Entsendung von Beamten zwecks Akteneinsicht zu dem Generalstaatsanwalt der SBZ“ von der Tagesordnung ab. Seit 1964 mehrere Reisen von Vertretern der ZSt zur Hauptkommission Warschau, was ab 1965 ebenfalls durch BRegierung und Justizministerkonferenz sabotiert wird.

Verhandlungspartner BKA-Nazi-Verbrecher

Der Besuch des Krakauer Prof. Sehn wird zum Anlass genommen, mit ihm und Staatsanwälten der GStA Ffm. am 7.3.1960 im Bundeskriminalamt eine Strategie- Besprechung zur Koordinierung weiterer Maßnahmen der Beweiserhebung in NSG-Verfahren durchzuführen.

Gesprächspartner des BKA ist Dr. Niggemeyer, dritter Mann der BKA-Führung. Niggemeyer war als Leitender Feldpolizeidirektor in der Heeresgruppe Mitte in der Sowjetunion von 1942-1944 in den Völkermord unmittelbar verstrickt, was z.B. seine Tätigkeitsberichte über erfolgte Exekutionen pp. beweisen.

Demoskopische Ergebnisse

Kenntnis und Wirkung des Auschwitzprozesses sowie zum Ende der strafrechtl. Verfolgung von NS-Tätern u. Schlußstrich-Mentalität.

40% nie etwas vom Auschwitz-Prozess gehört

39% von den 60%, die vom Prozess wissen, wollen über die Vergangenheit Gras wachsen lassen

1954: 34% für u. 54% gegen Ende der Prozesse

1963: 54% für u. 34% gegen Ende der Prozesse

1965 60% dafür, die Verfolgung von NS-Verbrechern zu beenden

1969 67% dafür, die Verfolgung von NS-Verbrechern zu beenden.

Strukturelle Methoden der strafrechtlichen Nichtverfolgung von NS- Verbrechern durch die Justiz I

- Unterdrückung von Zeugenaussagen
- Unterlassen von Ermittlungen
- Vorsätzliches Herbeiführen eines unbrauchbaren Ermittlungsergebnisses
- Abstufung vom Beschuldigten zum Zeugen
- bewusst falsche juristische Wertungen
- Überstrapazierung des Grundsatzes in dubio pro reo („Aussage gegen Aussage“)
- militärischer Befehl (Rechtfertigungsgrund)
- „biologische Verjährung“

Bauer zur „biologischen Verjährung“: Es kommt immer häufiger vor, dass Angeklagte dieser Art „unheilbar krank sind“.

Drohungen, Beleidigungen

Bauer wird –besonders während und nach dem Auschwitz-Prozess – für Deutschlands Rechte ein Objekt fanatischen Hasses (siehe Sammlung von Hetz- und Hass-Artikeln, u.a. National- Zeitung). Ein Beispiel unter vielen: Juda ist im Völkermord geübt. Ein Handlanger dieser Rasse sind Sie, Bauer. Sie sollten sich bis in den Hintern hinein schämen, zu solchem Völkermord die Hand zu reichen. Sie sind also kein deutscher Richter, sondern ein Handlanger der Juden, die unser Volk vernichten wollen. usw.

Bauer: Wenn ich mein Büro verlasse, befinde ich mich im feindlichen Ausland. Er sah sich von politischen Rufmördern umgeben.

Spiegel-Leserbrief: Bei Spitzenfiguren wie Bauer soll sich keiner wundern, wenn das deutsche Volk eines schönen Tages wieder nach Hitler schreit.

Euthanasie-Verfahren

Bauer holte jedes Verfahren mit Euthanasie-Zusammenhang nach Ffm. Der GStA galt als die zentrale Ermittlungsbehörde Euthanasie.

1962 flog Bauer nach Madrid, um Festnahme Vorberg in die Wege zu leiten am AA vorbei, dem er misstraute.

In Limburg Verfahren gegen Heyde-Sawade (beging Selbstmord 1964). Bauer stützt sich u.a. auf Beweise aus der DDR.

Zusammenarbeit mit GStA DDR

Ein Beamter des Hess. Justizministeriums sieht 1959 Dokumente bei GStA Ost-Berlin ein.

1960 überbringen 2 OStA DDR dem Generalbundesanwalt 529 Todesurteile.

1961 nochmals Akten des Volksgerichtshofes u. polnischer Sondergerichte. In Archiven der DDR seien 50 000 Kriegsgerichtsakten. DDR-Staatsanwälte schlagen gemeinsame Arbeitsgruppe vor, was der Generalbundesanwalt ablehnt. Reaktion Bauer?

1962 gibt BRegierung Anweisung, keine Unterlagen mehr anzunehmen und an BArchiv Koblenz zu verwiesen, da sonst Anerkennung der DDR.

Im September 1963 überbringen 2 Staatsanwälte aus Ost-Berlin Beweismaterial im Limburger Euthanasie-Verfahren Heyde-Sawade. Gemeinsames Mittagessen mit Bauer. Reiseberichte der Staatsanwälte (Carlos Foth), die über Bauers Grundeinstellungen ausführlich berichten und sie analysieren.

Bauers unverkrampfte Kontakte gingen über das hinaus, was Bundes- und Landesjustizminister-Konferenz billigte.

1965 schlägt ZSt gemeinsame Kommission vor. DDR verweigert Zusammenarbeit wegen NS-Belastung des Leiters ZSt Schüle (Mitglied NSDAP).

Bauer soll ein heimliches Treffen in der DDR wahrgenommen haben und unter abenteuerlichen Umständen über die Grenze geschleust worden sein (noch nicht recherchiert).

1967 offizielles Treffen Bauer mit GStA Streit in Ost-Berlin. Die Verhandlungen scheitern, weil die DDR-Seite Strafverfolgungsmaßnahmen von Schreibtischtätern zur Bedingung macht, die nach der Rechtslage in der BRD nicht möglich sind.

Die Spiegel-Affäre

Bauer schaltete sich in die Kontroverse ein (1962), indem er die Fragwürdigkeit der Strafbestimmungen hervorhob. Bauer zum Begriff des Landesverrats: Was geheimnisbedürftig ist, bestimmt die Regierung. Es wird erst hinterher eine Grenze markiert, die vorher nicht sichtbar war. Staatsräson genießt Vorrang.

Und: In einer gefestigten Demokratie sind Maßnahmen des Staatsschutzes überflüssig.

Notstandsgesetze

1963. Bauer schreibt Einleitung zum Buch Jürgen Seifert "Gefahr im Verzuge".

Bauer: Der Bürger und seine Rechte hat Vorrang gegenüber Staatsmacht und Interessen des Staates.

Bauer bestreitet die Rechtsgültigkeit von Gesetzen, die die Aufhebung oder Einschränkung von unveräußerlichen Menschenrechten bezwecken.

Strukturelle Methoden der strafrechtlichen Nichtverfolgung von NS-Verbrechen durch die Justiz II

Befehlsnotstand

Die Brücke zur milden Bestrafung wegen angeblicher Gefahr für Leib oder Leben. ZSt hat alle Fälle untersucht und keinen bestätigt gefunden.

Einstellung Himmlers u. seiner Generäle: Teilnahme an befohlenen Tötungen ist „seelische Höchstanstrengung“, nur die Besten sind dazu fähig, eine besondere Bewährung. Ein „Versagen“ ist keine Disziplinlosigkeit, kein Verstoß gegen die „Manneszucht“, sondern „verzeihliche Schwäche“, die nicht sanktioniert wird.

Bauer: Es hat nicht nur Hitler und Himmler gegeben, sondern Hunderttausende, Millionen anderer, die das was geschehen war nicht nur durchgeführt haben, weil es befohlen war, sondern weil es ihrer eigenen Weltanschauung entsprach, zu der sie sich aus freien Stücken bekannt haben.

Beihilfe statt Täterschaft

Bauer: Es war eine Wunschvorstellung, im totalitären Staat der Nazizeit habe es nur wenige Verantwortliche gegeben, alle übrigen seien lediglich vergewaltigte, terrorisierte Mitläufer oder depersonalisierte, dehumanisierte Menschen gewesen.

Rechtsbeugung

Nachkriegsjuristen beriefen sich darauf, sie hätten nur das geltende Recht angewandt. (Gesetzespositivismus).

Für Bauer waren Fälle der Rechtsbeugung Chefsache. Er leitete in Hessen 99 Verfahren ein. Spätestens der BGH stellte solche Verfahren ein.

Kritik Bauers am BGH

Der BGH lehnte Bauers Kausalitätstheorie ab, wonach alle Mitglieder eines NS-Kommandos der Beihilfe an der Tötung aller Opfer schuldig sind.

Bauer: Wer in Auschwitz tätig war, hat sich automatisch des Mordes schuldig gemacht, zu differenzieren ist lediglich zwischen Täterschaft und Beihilfe.

Besonders kritisiert Bauer die Haltung des BGH gegenüber Gesetzespositivismus und in der Frage der Rechtsbeugung.

Der BGH lässt keine Verfahren wegen Rechtsbeugung zu und stellte zu 99% ein.

Das oberste deutsche Strafgericht war von ehemaligen NS-Juristen durchseucht (siehe Forschung Godau-Schüttke)

Erst 1996 erfolgte eine Revision der Rechtsprechung des BGH. Er räumte ein, dass ein folgenschweres Versagen der bundesdeutschen Strafjustiz vorlag. Das exzessive Verhängen der Todesstrafe sei nicht zu Unrecht oft als Blutjustiz bezeichnet worden. Nach der neuen Entscheidung des BGH lag Rechtsbeugung bei vollständiger Missachtung der Ideen von Gerechtigkeit und Menschlichkeit vor.

Verjährung

Bauer: "Die Verjährung nazistischer Mordtaten" (1965)

Bauers Kampf gegen Verjährungs- und Strafbefreiungsgesetze. Erst 1979 wurde die Verjährung von Mord ganz aufgehoben.

Strafverfolgungs-Statistik

Nach Statistik BMJ wurden bis Ende 1993 Ermittlungsverfahren gegen 105688 Personen eingeleitet, davon wurden 6494 verurteilt.

Beispiel Reichsgau Danzig-Westpreußen: Im Herbst 1939 wurden zwischen 52000 und 60000 Menschen im Rahmen des Programms „Vernichtung der polnischen Intelligenz“ (RSHA) durch SS, Gestapo, SD und NSDAP-Funktionäre umgebracht. Es handelte sich um etwa 20 000 Täter. Nach dem Krieg wurden von ihnen 1701 namentlich ermittelt u. der Schuldvorwurf gegen sie in 258 Strafverfahren geprüft. 233 Verfahren stellte die StA ein. Lediglich in 12 Fällen kam es zu rechtskräftigen Urteilen und sage und schreibe 10 Angeklagte (von 20000!) wurden verurteilt.

Die 65 000 Morde an Menschen im KZ Stutthof bei Danzig, begangen durch 2500 im KZ tätige SS-Männer, wurden in 41 Strafverfahren überprüft und 5 Angeklagte verurteilt.

Im Falle der Verurteilung war das Strafmaß von äußerster Milde. So wurde z.B. Kurt Eimann, Führer einer SS-Sondereinheit, die u.a. 1500 geistig Behinderte 1939 ermordete, zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er 2 Jahre verbüßte.

Bauers Interview in der dänischen kommunistische Zeitung Land og Folk

11.4.1965. Bauer kritisiert unzureichende Verfolgung von NS-Verbrechen, bezeichnet das als Justiz-Skandal. Man hätte es wie die DDR machen und den gesamten Justizapparat auswechseln sollen. Empörung in Bonn auf Seiten der CDU/CSU. Fragestunde im Deutschen BTag. Alfred Dregger im Hess.

Landtag: Der GStA ist ein Sicherheitsrisiko.

Mordpläne

Bauer sollte ermordet werden. Der 3. Strafsenat BGH verurteilt 1966 Reinhold Ruppe u. Erich Lindner zu je 2 Jahren Zuchthaus, weil sie Fritz Bauer, Willy Brandt und Günter Grass ermorden wollten. Sie beabsichtigten, ein NS-System zu errichten.

Braunbuch-Affäre

Das Braunbuch der DDR enthält Informationen über in der BRD tätige
21 Minister und Staatssekretäre
100 Generäle und Admiräle der Bundeswehr
828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter
245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate
297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.

Bauer muss bewusst gewesen sein, dass so gut wie alle Daten über die NS-Vergangenheit der namentlich aufgeführten Personen durch Archivmaterial der DDR belegt war.

Auf der Frankfurter Buchmesse im Oktober 1967 erlässt ein Frankfurter Amtsrichter einen Beschlagnahmebeschluss.

Bauer beantragt Aufhebung der Beschlagnahme. Daraufhin gehen mehrere Dienstaufsichtsbeschwerden gegen Bauer ein und eine Strafanzeige wegen Begünstigung im Amt (eingestellt).

Debatte im Hess. Landtag: Bauer duldet den „roten Terror“ (CDU).

Strukturelle Methoden der Polizei, Ermittlungen gegen NS-Täter zu sabotieren

Beispiele:

Behinderung der Aufklärung von NS-Verbrechen durch das Hessische Innenministerium, den Leiter des Hess.LKA und den Abteilungsleiter Staatsschutz im Hess.LKA (Arbeitsgespräche mit Bauer wurden von Vorgesetzten überwacht);

strategische Abwehr von Ermittlungen im BKA, wenn eigene Bedienstete betroffen (u.a. durch den bereits erwähnten Leiter des Kriminalistischen Instituts Niggemeyer); Diskriminierung Bauers im BKA und

heutiger Umgang des BKA mit seiner NS-Vergangenheit

Öffentliche Reaktionen auf Bauer

Vorkämpfer, die Verbrechen der Nazizeit zu sühnen.

Er nahm Anstoß und war infolge dessen stets selber Anstoß und Ärgernis.

Durch sein Wirken, seine Humanität u. Toleranz hat er für das Ansehen der jungen Demokratie vielleicht mehr getan als viele Politiker. Ein Emigrant zu Hause.

(wird fortgesetzt)

Rechtsradikale Presse Schmähungen, Diffamierungen

z.B. aus „Der Freiwillige“ – Hilfsorganisation der ehemaligen Waffen-SS (HIAG) (noch nicht recherchiert)

Bauers Amtsbrüder

Die Generalstaatsanwälte der Bundesländer hatten teilweise eine braune Weste. Dessen war sich Bauer mit Sicherheit bewusst. Trotzdem war er zur Zusammenarbeit gezwungen und saß bei der turnusmäßigen Konferenz der Generalstaatsanwälte mit ihnen an einem Tisch.

Exemplarisch: Generalstaatsanwalt Nehm, Schleswig-Holstein. Er ließ seine Personalakte „bereinigen“ und sorgte dafür, dass Belastungsmaterial ihm unterstellter Staatsanwälte im verschlossenen Umschlag zur Personalakte genommen wurden. Der Umschlag enthielt die Aufschrift, dass er nur von Nehm geöffnet werden darf.

Fahndung Mengele

Bauer war der einzige Staatsanwalt, der den Auschwitzer KZ-Arzt Josef Mengele konsequent verfolgte. Er leitete 1959 ein Ermittlungsverfahren gegen ihn ein und vermutete den Aufenthalt in Paraguay. Allerdings erwies sich die große Zurückhaltung, die die BRRegierung gegenüber Paraguay praktizierte, als kontraproduktiv, wie auch eine hohe personelle Kontinuität im Auswärtigen Dienst ein Fahndungserfolg zu verhindern half.

1985 Exhumierung der mutmaßlichen Leiche durch internationale Gerichtsmediziner, die die Identität mit hoher Wahrscheinlichkeit bestätigen.

Fahndung Bormann

Martin Bormann war seit 1941 Leiter der Parteikanzlei und seit 1943 „Sekretär des Führers“. 1946 in Nürnberg in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Bauer übernahm 1961 das Ermittlungsverfahren gegen Bormann, erwirkte einen Haftbefehl und setzte 1964 eine Belohnung von 100 000 DM auf die Ergreifung aus, die höchste Summe bis dahin in der deutschen Justizgeschichte.

Bormann starb am 2.5.1945 bei der Flucht aus dem „Führer“-Bunker in Berlin. Seine Leiche wurde zweifelsfrei 1972 identifiziert, ein Gentest 1998 bestätigte das Ergebnis.

Die Unfähigkeit zu trauern

Mitscherlich-Buch 1967: Der Sturz des „Führers“ bedeutete eine traumatische Entwertung des eigenen Ich-Ideals, mit dem man so weitgehend identisch geworden war. Es bleibt kein anderer Weg als Verleugnung oder Rückzug in die Depression. Analoge Thesen bei Bauer (noch suchen)

Kritik an Bauer innerhalb der Justiz

Er erfuhr Ablehnung bei der Mehrzahl seiner Kollegen. Diese beanstandeten u.a.: Seine kriminalpolitischen Ansichten sind mit dem Amt des GStA nicht vereinbar. Er untergräbt das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz.

Er bringt mit seiner Auffassung, dass kein Mensch schuldig werden könne und der Staat kein Recht hätte, zu bestrafen, Staatsanwälte in eine untragbare Situation. Wie sollen sie dann noch Strafanträge stellen?

Nestbeschmutzer, Außenseiter, Provokateur

Leserbrief FR: Fritz Bauer besuchte Anfang der 60er Jahre in unregelmäßigen Abständen die Justizvollzugsanstalt Butzbach. Ich kann mich an seine Besuche als damaliger Bediensteter der JVA gut erinnern. Fritz Bauer wurde von den alten Beamten, die 1945 aufgrund der misslungenen Entnazifizierung wieder eingestellt werden mussten, streng gemieden. Wurde in der Verwaltung bekannt, dass Fritz Bauer die Außenpforte passiert hatte, so verschwanden zuerst die ehemaligen Nazi-Beamten eiligst in ihre Dienstzimmer.

Fritz Bauer wurde von vielen Beamten regelrecht gehasst, wegen seiner humanen Einstellung gegenüber straffällig gewordenen Menschen. Auch junge Beamte lehnten diesen hervorragenden Generalstaatsanwalt ab.

Bauer: Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich feindliches Gebiet.

Verfahren gegen NS-Funktionselemente der Juristen (Schlegelberger u.a.)

Das Verfahren richtet sich gegen 34 Generalstaatsanwälte und 34 OLG-Präsidenten sowie führende Angehörige des Reichsjustizministeriums, die auf einer Konferenz am 23. u. 24. April 1941 in Berlin mit dem Programm „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ bekannt gemacht wurden mit dem Auftrag, jede Strafverfolgung niederzuschlagen und Eingaben oder Strafanzeigen unbearbeitet dem RJM vorzulegen. Dem Programm mit der Tarnbezeichnung

„T 4“ fielen im ersten Stadium 70.000 bis 80.000 Menschen zum Opfer. Bauer bewertete das Verhalten der Juristen als Beihilfe zu diesen Morden, weil sie durch ihre Inaktivität das Programm akzeptierten und seine Realisierung förderten.

Zuständigkeitsgerangel zwischen StA Ffm. und StA Stuttgart, die das Verfahren vermeiden wollen. StA Stuttgart übernimmt das Verfahren, erhebt es entgegen einschlägiger

Bestimmungen zur Verschluss-Sache und stellt es ein. Die Einstellungs-Vfg. hat eklatante Unzulänglichkeiten (1962). Die Handakten der StA Stuttgart wurden vernichtet (!) Bauer übernimmt das Verfahren im Juli 1963 und ermittelt wegen Beihilfe zum Mord. Vorwurf der Verschleppung gegen den Limburger Untersuchungsrichter und die 1. Strafkammer.

Eröffnung der Voruntersuchung 1967 gegen 6 GStA u. 7 OLG-Präsidenten. Bauer: Die Untersuchungen sind noch nicht beendet, mancher Herr wird noch sein blaues Wunder erleben.

Nach Bauers Tod setzt sein Nachfolger Gauf die Angeschuldigten klammheimlich am 27.5.1970 mit einer Verfügung von nur 8 Zeilen außer Verfolgung. Keine Unterrichtung der Öffentlichkeit.

Die verschwundenen Akten

Oder: Wie der Richter Helmut Kramer gehindert wurde, die Nazi-Verbrechen der Justiz- Funktionselite aufzuarbeiten und publik zu machen.

Die Einsichtnahme der Akten des Schlegelberger-Verfahrens wurde Kramer 1978 durch die GStA Ffm. verweigert. Nach einer Dienstaufsichtsbeschwerde erhielt er 94 Ablichtungen von über 4000 Seiten.

Nach weiteren Anträgen und Dienstaufsichtsbeschwerden konnte er 1984 die Akten einsehen.

Kramer erstattet eine Anzeige wegen Beleidigung, übler Nachrede und falscher

Anschuldigung bei der StA Bonn. Dort gehen die Schlegelberger-Akten 1985 ein und sind

1987 plötzlich verschwunden. Der Staatsanwalt erklärt, sie seien „außer Kontrolle geraten“. Die 15 Aktenbände werden 1989 dem Amtsgericht Bonn anonym zugeschickt.

Gegen vier Angehörige des Reichsjustizministerium lief 1952 in Wiesbaden ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren; sie wurden durch das Schwurgericht Wiesbaden freigesprochen. Auch diese Akten sind verschollen.

Bauers Ernüchterung

Im Laufe seiner Tätigkeit erfährt Bauer politische Enttäuschungen, wie die Wiederbewaffnung, die Verketzerung des Widerstandes, die Notstandsgesetze und die Re- Nazifizierung in allen Bereichen von Justiz, öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft, Bundeswehr.

Die strafrechtliche Verfolgung der NS-Täter wird boykottiert. Bauer 1960: Die Chancen, strafrechtlich gegen Juristen etwas zu erreichen, sind gering.

NSG-Verfahren sind unbeliebt.

Bauer ging von einem extensiven Täterbegriff aus, während seine Kollegen nach ihrer eigenen subjektiven Einstellung (eigene NS-Belastung) einschränkten. Aus Tätern machten

sie Gehilfen oder verhinderten eine Strafverfolgung durch Rechtfertigungsgründe (z.B. Handeln auf Befehl) oder Schuldausschließungsgründe (Befehlsnotstand)

Eine zeitgeschichtliche Forschung blieb nach dem Auschwitz-Prozess aus, das Anliegen Bauers wurde nur ungenügend wahrgenommen. Bauer 1965: Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz hinkten hinter der zu erwartenden Verbundenheit nach der Kenntnis von Auschwitz her. Von 60%, die vom Auschwitz-Prozess wussten, wollten 39% über die Vergangenheit Gras wachsen lassen.

Material in Archiven des Ostblocks konnte nicht ausgewertet werden, wurde von BMJ und AA durchkreuzt, obwohl Zusammenarbeit angeboten wurde, so von DDR, Polen, Tschechoslowakei.

Bauer kritisierte die „biologische Verjähmung“, die milden Urteile und dass die Urteile fast ausschließlich wegen Beihilfe ergehen. Bauer: Die milden Urteile sind ein Ergebnis des gesellschaftlichen Verdrängungsprozesses.

Die letzten Stunden vor dem Tod

Bauer saß am Samstag, 29.6., einem lauen Sommerabend, auf seinem Balkon. Er bat die Hausbewohnerin Lucie Sch., mit der er öfter Gesprächskontakte hatte, zu sich. Beide unterhielten sich zwischen 22 und 00.30 Uhr.

OStA Krüger, Bauers Vertreter, befragte Frau Sch. am 26.7. und hielt das Ergebnis in einem Vermerk fest. Sie schildert den Ablauf des Abends, ohne dass sich Anhaltspunkte ergeben, die für Freitodabsichten sprechen. Im Gegenteil, Bauer bittet sie, ihm in der kommenden Woche Kekse zu besorgen.

Bemühungen, den gegenwärtigen Aufenthaltsort von Frau Sch. ausfindig zu machen, sind noch nicht abgeschlossen.

Auffinden des Toten und eingeleitete Maßnahmen

Aktenvermerk OStA Krüger über Sofortmaßnahmen

Keine amtliche Obduktion nach der StPO.

Keine polizeiliche Vernehmung der wichtigen Zeugin, die mit Bauer zuletzt zusammen war.

Staatsanwaltschaftliche Akte „Todesermittlungsverfahren“ nicht mehr auffindbar; polizeiliche Handakten vernichtet.

Das gerichtsmedizinische Gutachten

Das Gutachten ist in der Personalakte Bauers erhalten geblieben. Es handelt sich nicht um das Obduktionsprotokoll, sondern um eine abschließende Stellungnahme.

Im Ergebnis kommt Prof. Dr. Gerchow zu dem Schluss, dass Gewaltanwendung und Fremdverschulden auszuschließen sind. Die Gründe für einen Suizid (Einnahme 5 Tabletten Revonal) überwiegen, jedoch könne man auch einen Unglücksfall nicht ausschließen, weil Fritz Bauer vielleicht an das Mittel gewöhnt war und die Wechselwirkung mit Alkohol und seinem schlechten Gesundheitszustand falsch oder gar nicht eingeschätzt hat, zumal Revonal das klassische Mittel war, „abzuschalten“.

Gründe gegen Freitod und für Unglücksfall

Die Einnahme von nur 5 Revonal sind eine sehr unsichere Menge, will man sich das Leben nehmen, aufgrund der Kasuistik liegt die Dosierung in solchen Fällen bei 20 Tabletten und mehr.

Dr. Bauer äußerte, er könne schon lange „ohne Chemie“ nicht mehr schlafen.

Auf Frau Sch., die ihn zuletzt lebend sah, machte er nicht den Eindruck eines Menschen, der sich einige Stunden später das Leben nehmen will (und der sie beauftragt, Kekse zu besorgen).

Bauer wäre in diesem Jahr regulär in den altersbedingten Ruhestand mit 65 Jahren getreten und beabsichtigte, seine Amtszeit um 3 Jahre zu verlängern.

Er schrieb eine Postkarte an die Humanistische Union und kündigte seinen Besuch an.

Bestattung, Gedenkfeier, Kondolenzliste, Nachrufe

Über die Gedenkfeier der Hessischen Landesregierung am 6.7.1968 im Haus Dornbusch in Ffm. wurde in Fernsehen, Rundfunk und der Presse ausführlich berichtet.

Offene Fragen

Die eingangs aufgeworfenen Thesen, dass die Todesumstände Bauers ungeklärt sind und dass insbesondere weitere verdächtige Umstände zu prüfen sind, die mit den verschwundenen Akten zusammen hängen, können derzeit nur mit vorläufigen Thesen bewertet werden, da die Recherchen nicht vollends abgeschlossen sind. Dass Bauer vom Verfassungsschutz oder einem Geheimdienst abgehört wurde, wird sich wohl gar nicht aufklären lassen.

Sicher ist, dass GStA Bauer nicht ermordet wurde, obwohl es solche Pläne gab und er hasserfüllte Gegner hatte.

Wahrscheinlich hat er keinen Freitod begangen. Sein hoher Nikotinmissbrauch, seine schwere chronische Bronchitis, seine verengten Herzkranzgefäße und vorausgegangener Alkoholgenuss ergaben in Verbindung mit 5 Tabletten Revonal eine gefährliche Zusammensetzung.

Die Akte der Gerichtsmedizin ist bei einem Brand des Archivs verloren gegangen.

Die polizeiliche Akte „Leichensache“ der Kripo Ffm. wurde routinemäßig nach Fristablauf von 10 Jahren vernichtet, ohne dass politische Überlegungen im Spiel gewesen sein dürften.

Humanistische Union stiftet Fritz-Bauer-Preis

Der Preis wurde 1968 gestiftet. Erste Preisträgerin war Helga Einsele, die einen humanen Strafvollzug für Frauen schuf.

Festakt zum 100jährigen Geburtstag am 16.7.2003, 11 Uhr, im Casino des IG-Farben-Hauses und Preisverleihung.

Erfolge Bauers

Die Verfolgung und Bestrafung von NS-Tätern standen im Zentrum seines Schaffens. Mit seinen liberalen und humanistischen Überzeugungen war er eine Hoffnung für die neue

deutsche Demokratie. Er war beharrlich, kreativ, ein Radikaldemokrat im positiven Sinn. Die hessische Landesregierung stand hinter ihm.

Vier große Verfahren bilden die Eckpfeiler, die NS-Vergangenheit mittels Strafverfahren aufzuarbeiten:

- Remer-Prozess
- Auschwitz-Prozess
- Euthanasie-Prozess
- Schlegelberger-Verfahren

und zahllose weitere Strafverfahren gegen NS-Täter in Hessen. Nur das Schlegelberger- Verfahren kam durch Bauers Tod nicht zum Abschluss.

Weitere Erfolge waren die Festnahme Eichmanns und NS-Verbrechen ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gebracht zu haben.

Die von ihm reklamierten Strafrechtsreformen wurden langfristig realisiert.

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde von ihm durch eine große Anzahl von Publikationen und Vorträgen am Leben gehalten in einer Zeit, als viele Menschen einen Schlußstrich ziehen wollten.

Seine innovativen Forderungen und von den Menschenrechten geleiteten Grundeinstellungen hatten die Leitideen:

- intensive Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität
- Internationalen Strafgerichtshof
- Ombudsmann
- weltweite Abschaffung der Todesstrafe

Fritz Bauer war ein überragender Generalstaatsanwalt, ein sozial engagierter Jurist, ein bahnbrechender Reformers und seiner Zeit voraus.